

Bernhard Schmid

# Der Festungsgraben

Flucht und Migrationspolitiken  
im Mittelmeerraum

UNRAST

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek  
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Bernhard Schmid: Der Festungsgraben

1. Auflage, Oktober 2016

ISBN 978-3-89771-062-7

© UNRAST-Verlag, Münster

Postfach 8020, 48043 Münster – Tel. (0251) 66 62 93

[www.unrast-verlag.de](http://www.unrast-verlag.de) – [kontakt@unrast-verlag.de](mailto:kontakt@unrast-verlag.de)

Mitglied in der assoziatiion Linker Verlage (aLiVe)

Umschlag: kv, Berlin

Satz: UNRAST Verlag, Münster

Druck: Mulitprint, Kostinbrod

## Inhalt

|   |    |
|---|----|
| Einleitung  | 7  |
| Ein uraltes menschliches Phänomen, das zum ›Problem‹ gemacht wird                               | 8  |
| EU: Bewegungsfreiheit nach innen – aber nicht von außen   | 12 |
| Festungsgraben Mittelmeer   | 12 |
| Zu einigen Schreibweisen  | 14 |
| Die europäische Migrationspolitik und ihre Instrumente  | 15 |
| Die Stimmungslage in Deutschland:<br>Zwischen Hilfsbereitschaft, Angst und Abschottungswünschen | 25 |
| Marokko:  |    |
| Spanische Enklaven: Europa in Afrika  | 30 |
| Euro-Afrika-Ministerkonferenz in Rabat  | 35 |
| Gesellschaftlicher Rassismus  | 38 |
| Gewerkschaftspolitik  | 40 |
| Legalisierungsoperation‹  | 42 |
| Ende der ›Legalisierung‹  | 46 |
| Algerien:   |    |
| ›Grenzen verbrennen‹  | 48 |
| Einwanderung, offiziell und inoffiziell   | 51 |
| Brennpunkt Oran   | 53 |
| Ausblick  | 56 |
| Tunesien:   |    |
| Rückblick auf das Umbruchjahr 2011  | 59 |
| Straftatbestand ›Republikflucht‹  | 62 |
| Choucha-Camp  | 64 |
| ›Mobilitätspartnerschaft‹   | 66 |
| Libyen:   |    |
| Operation zur ›Schlepperbekämpfung‹   | 69 |
| Innenpolitische Instabilität in Libyen – ein begrenztes Hindernis                               | 73 |
| ›Schlepper‹ im Diskurs und der Politik Europas  | 75 |
| Die Schlüsselrolle Libyens  | 77 |
| Rückblick auf die Zeiten des alten Regimes  | 78 |
| Berlusconi und Qadhafi: Ein schmutziger Deal  | 82 |
| Innerlibysche Machtspiele auf dem Rücken der Migranten  | 85 |
| Ausblick  | 88 |

|  |     |
|--|-----|
| Ägypten und Sudan:   |     |
| Neue Ausweitung der europäischen Kontrollzone  | 91  |
| Umgang mit Syrienflüchtlingen  | 93  |
| Sudan  | 95  |
| Der Weg über Ägypten nach Israel   | 98  |
| <br>   |     |
| Einwanderung im Osten der arabischen Welt –<br>Arbeitsmigration im Golf, Quasi-Sklaverei und<br>ein Berg von Toten für eine Fußball-WM | 100 |
| Historische Wandlungen der Migrationspolitik in der Golfregion   | 101 |
| Saudi-Arabien: migrantische Arbeit unter schlimmsten Bedingungen   | 103 |
| Qatar und Fußball  | 108 |
| Ein vorläufiges Fazit  | 122 |
| <br>   |     |
| Europäische Union und Türkei:  |     |
| Unter den Augen der europäischen Öffentlichkeit  | 124 |
| Visafreiheit für Türkinnen und Türken  | 125 |
| Die andere Seite der Medaille  | 129 |
| Mechanismus für Syrienflüchtlinge  | 130 |
| Sonstige Geflüchtetengruppen   | 134 |
| Auswirkungen auf Ankommende in Griechenland  | 135 |
| Kritik   | 140 |
| Die Interessenslagen   | 141 |
| Deal vor dem Scheitern?  | 144 |
| <br>   |     |
| Schlussanalyse:  |     |
| Eine neue Qualität   | 146 |
| Nachtrag   | 148 |

## Einleitung

Ein Vierteljahrhundert ist es nunmehr her, dass folgende pessimistische Worte über die Zukunftsaussichten der europäischen Asyl- und Migrationspolitik fielen. Damals hieß es im Eingangsreferat zum BUKO (Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) – aus dem BUKO wurde später die BuKo (Bundeskoordination Internationalismus) – im Mai 1991 in Köln:

»Man muss wohl davon ausgehen, dass Mehrheiten in nahezu jedem europäischen Land bereit sind, sich, wie im Film ›Der Marsch‹ angedeutet, an die Außengrenzen ›ihrer Länder‹ zu stellen und auf Flüchtlinge zu schießen.«

Diese Prognose wurde vor dem Hintergrund der seit 1990 anlaufenden ›Asyldebatte‹ in Deutschland formuliert, die mit starken rassistischen Übergriffen und Gewalttaten einherging und am 26. Mai 1993 zu einem Bundestagsbeschluss führte, der die Einschränkung des im Grundgesetz verankerten Asylrechts beinhaltete.

Was lässt sich 25 Jahre später zum Wahrheitsgehalt dieser Prognose sagen? Ganz so schlimm, wäre man auf den ersten Blick versucht zu sagen, ist es nicht gekommen. Sicherlich, ein Teil der öffentlichen Meinung hat sich offen in diese Richtung entwickelt. Die Chefin der Partei *Alternative für Deutschland* (AfD), Frauke Petry, sagte in einem am 30. Januar 2016 durch die Zeitung *Mannheimer Morgen* publizierten Interview: »Er (ein Grenzpolizist) muss den illegalen Grenzübertritt verhindern, notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen.« Ihre Stellvertreterin Beatrix von Storch ergänzte am darauffolgenden Wochenende auf Facebook, »wer das ›Halt‹ an unserer Grenze nicht akzeptiert«, sei eben »ein Angreifer« und als solcher zu behandeln. Auf die Nachfrage eines Users, ob sich dies auch auf Frauen und Kinder beziehe, antwortete die werte Dame kurz und knapp: »Ja.«

29 Prozent der befragten Deutschen gaben daraufhin der AfD-Chefin laut Umfragen Recht. Dies spiegelt die Barbarisierung eines Teils der Öffentlichkeit und namentlich auch des Bürgertums wider, nicht allerdings die Mehrheit.

Wäre also Entwarnung angesagt? Davon ist leider nicht auszugehen. Denn auch wenn sich vor allem im Sommer und Herbst 2015 gezeigt hat, dass es auch in Teilen der deutschen und europäischen Öffentlichkeit gleichzeitig eine manifeste Hilfsbereitschaft für Geflüchtete und eine Empfänglichkeit für menschliche Dramen gibt: Die herrschende Politik, und diese wird jedenfalls bislang nicht durch die AfD gestaltet, arbeitet in eine andere Richtung. Tech-

nokratische Apparate schaffen, auch ohne Diskussion in der Öffentlichkeit, Fakten. Flüchtende und Einwandernde werden zwar nicht an deutschen Grenzen und unter den Augen der Anwohnerinnen und Anwohner >abgeschossen<. Doch einige Hundert oder einige Tausend Kilometer entfernt, an den Außengrenzen der Europäischen Union – und auch an nicht-europäischen Grenzen, aber aufgrund der europäischen Politik -, finden Abwehr und Abschottung gegenüber den als unerwünscht eingestuft statt. Dort werden Menschen an Grenzzäunen schwer verletzt, sie werden erschossen, ertrinken, werden festgehalten und ihrer Freiheit beraubt. Unter anderem davon handelt dieses Buch.

### Ein uraltes menschliches Phänomen, das zum >Problem< gemacht wird

»Im Anfang war die Migration«? Man muss nicht gleich biblisch klingende Töne anschneiden, um festzustellen: Menschliche Migrationsbewegungen gehören zur Geschichte der Menschheit, seitdem es die Gattung *homo sapiens* gibt. Während einer der ersten Eiszeiten vor rund einer Million Jahren sank der Meeresspiegel um rund einhundert Meter, und die ersten Frühmenschen zogen trockenen Fußes von Afrika – ihrem ursprünglichen Siedlungsgebiet – auf den Nachbarkontinent Asiens, vor allem über das Rote Meer. Dies führte zur Entwicklung des *homo erectus*. Der heutige Mensch, *Homo sapiens*, erschien vor rund 160.000 Jahren in Afrika. In zwei Wanderungswellen besiedelte er, vor rund 59.000 Jahren und vor rund 40.000 Jahren, zunächst Südasien und von dort aus das heutige Russland, Amerika sowie den europäischen Kontinent.

Jene, die behaupten, Migration sei eine Katastrophe, die von bösen Mächten zum Zwecke der Zerstörung der >alten< Nationen des Abendlands provoziert werde, haben deswegen ebenso Unrecht, wie sie keine Ahnung haben. Aber auch wohlmeinendere Stimmen, die etwa meinen, Migration sei ein objektives Übel, das vom Kapitalismus ausgelöst werde – weil er Arbeitskräfte aus Ländern oder Regionen mit niedrigerem Lebensstandard in jene mit höherem anziehe – und auch mit dem Kapitalismus wieder verschwinden werde, liegen genau so hoffnungslos daneben. Ihnen fehlt es am welthistorischen Weitblick ebenso wie an Vorstellungsgabe.

Migration, Aus- und Einwanderung, sind objektive Gegebenheiten, die älter sind als sämtliche europäischen Staaten, älter als das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem und älter als die bestehenden politischen Ideen.



Es ist dabei ein durchsichtiges ideologisches Unterfangen, unterschiedliche Wanderungs- und Fluchtgründe gegeneinander ausspielen zu wollen, indem man sie in ›werte‹ und ›unwerte‹ Gründe einteilt. Seit der Wanderungsbewegung im Sommer und Herbst 2015, auf die noch die Sprache kommen wird, ist vor allem verstärkt von einer Unterscheidung zwischen (›rein wirtschaftlich motivierten‹) ›Migranten‹ einerseits, und echten ›Flüchtlingen‹ andererseits die Rede<sup>1</sup>. Dies ist ein Spaltungsmanöver, dessen Begründung mit der Wirklichkeit wenig zu tun hat. Selbstverständlich gibt es eine Palette unterschiedlicher individueller Motivlagen. Dabei mag in manchen Fällen der Wunsch nach einer Steigerung des eigenen Einkommens (wie es für viele Deutsche, die etwa von Ost nach West ziehen, alltäglich ist) dominieren, in anderen jener, die eigene Familie ernähren zu können; in wieder anderen Fällen die Flucht vor einer unmittelbaren physischen Verfolgungs- oder Vernichtungsdrohung etwa in einer Diktatur oder einem Kriegsgebiet. Diese Situation ›chemisch sauber‹ voneinander trennen zu wollen, führt jedoch vollkommen in die Irre.

In vielen Ländern resultiert die autoritäre Regierungsweise mehr oder minder direkt daraus, dass die sozialen Ungleichheiten derart gravierend und – folglich – die möglichen Verteilungskämpfe derart hart sind, dass die herrschenden Eliten Repression als einziges Mittel zur ›Aufrechterhaltung der Ordnung‹ betrachten. Und die Verhältnisse (wirtschaftlicher wie politischer) Art in den einzelnen Ländern sind wiederum Teil eines weltumspannenden Systems. Wenn Küstenbewohnerinnen oder -bewohner in einem westafrikanischen Land wie dem Senegal beobachten, dass ihnen die Fischfangmöglichkeiten genommen werden, weil Fangflotten die Meere infolge von Abkommen mit der EU leerfischen, dann ist das auch das unmittelbare Ergebnis eines politischen Verhältnisses. Und wenn sie – selbst ohne die Verhältnisse als solche direkt infrage zu stellen, auch wenn dies allzu berechtigt wäre – in

---

<sup>1</sup> Beispielsweise wurde eine solche Entscheidung im Herbst 2015 zur Grundlage dafür erhoben, wer die griechisch-mazedonische Grenze bei Idomeni überqueren durfte und dadurch auf die sogenannte ›Balkan-Route‹ gelangen konnte. (Mittlerweile, bei Abschluss dieses Buches, ist die dortige Grenze längst für die Betroffenen vollkommen dicht, und das daraufhin an der Grenze gebildete Flüchtlingscamp in Idomeni wurde im Mai 2016 geräumt und aufgelöst.) Die mazedonischen Behörden – die ihrerseits unter erheblichem Druck der EU standen – erklärten, nur syrische, iraqische oder afghanische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger durchzulassen, da es sich bei ihnen eben um echte Flüchtlinge handele. Ohne jegliche individuelle Prüfung von Fluchtgründen wurden andere Nationalitäten abgewiesen, etwa Menschen aus dem Iran, bei denen jedoch unschwer verkennbar ist, dass sie zwar nicht aus einem Kriegsgebiet, aber aus dem Land einer Folterdiktatur fliehen. Iranische Staatsangehörige protestierten daraufhin auf spektakuläre Weise, indem sie sich an Ort und Stelle den Mund zunähten.

einem nächsten Schritt den Entschluss fassen, dorthin zu gehen, wo die Fangflotten herkommen und das Geld hingehet, dann ist dies eine nachvollziehbare (individuelle) Schlussfolgerung aus einem politischen Zustand. Die Frage, wie >politisch bewusst< Menschen auf solche Verhältnisse reagieren, entscheidet nicht darüber, ob sie ein Recht haben darüber zu entscheiden, wo sie ihr Glück suchen. (Sie entscheidet allenfalls darüber, mit wem etwa Linke sich in der Folge gemeinsam organisieren können und wollen, dort, wo sie leben und wo andere Menschen hinkommen.)

Migration an und für sich ist kein Problem für die Menschheit, sondern eine objektive Tatsache. Migration an und für sich löst auch kein Problem der Menschheit – sie löst jedoch unter Umständen einige Probleme derer, die von einem zum anderen Ort auf dem Planeten wandern oder fliehen. Und sie trägt mitunter zur Lösung sozialer und wirtschaftlicher Probleme in der Herkunftsländern bei, weil die Transferzahlungen von Migrantinnen oder Migranten an ihre >zu Hause< gebliebenen Familien oft weitaus höher liegen als die sogenannten Entwicklungshilfeleistungen und deswegen viele Grundbedürfnisse oder Infrastrukturarbeiten finanzieren. Was den Rest betrifft, so ist Migration per se weder gut noch schlecht, sondern einfach da. Was ihre Folgewirkungen betrifft, so ergeben sie sich nicht aus der puren Tatsache der Migration als solcher, sondern aus ihren gesellschaftlichen Begleitumständen. Ja: Wenn Menschen infolge einer Migrationsbewegung sich in einem Land niederlassen, in dem es keine garantierten sozialen Mindestbedingungen für Arbeitskräfte gibt – oder jedenfalls keine halbwegs erträglichen –, in dem der sogenannte Arbeitsmarkt extrem >flexibilisiert< ist, in dem Solidarität wenig und Konkurrenz viel bedeutet, dann können die Auswirkungen darauf für viele Menschen negativ ausfallen. Es sind die Folgewirkungen nicht der Tatsache, dass Migration stattgefunden hat; sondern der Tatsache, dass eine Gesellschaft sich auf diese Weise organisiert und dass sie in dieser Form mit dem Faktor >Anwesenheit von Migrantinnen und Migranten< umgeht. Lassen Menschen sich infolge einer Migrationsbewegung in einem Land nieder, in dem mehr oder minder egalitäre Lebensbedingungen herrschen, in dem die Lohnkonkurrenz zumindest gezügelt ist, in dem Lebenschancen für alle gewährleistet werden, dann braucht mit der Migration auch keine Angst und keine Abstiegsfurcht einherzugehen. (Was nicht bedeutet, dass nicht uralte menschliche Reflexe, die Hinterlassenschaften der Geschichte seit Urzeiten darstellen – >Da kommen welche, die sind von einem anderen Stamm und könnten uns was wegnehmen< – noch abrufbar wären. Man muss sie bewusst machen und in den Köpfen bekämpfen.)



Für einen sozialen oder politischen Akteur mit emanzipatorischer Perspektive ist es deswegen notwendig, aber nicht hinreichend, für die Anerkennung von Migration als gesellschaftlicher Tatsache einzutreten. Notwendig, weil die Verweigerung dieser Anerkennung nur in historische Sackgassen führen kann. Abschottung, auch dann, wenn die Mehrheit einer Gesellschaft sie herbeiwünscht, funktioniert nicht und produziert nur menschliche Dramen. In einem Zeitalter, in dem Verkehrsmittel und -wege ausgebaut sind wie in unseren Tagen, in denen Daten und Geldsummen in Sekunden um die Welt jagen und SMS-Nachrichten oder Fernsehbilder von einem Ende des Planeten zum anderen gelangen, ist es eine Illusion, die Menschen an der Bewegung hindern zu wollen. Aber diese Illusion produziert Tragödien: Tote auf dem Grund des Mittelmeers, aber auch Menschen, die an ihre Ziele gelangen, dort jedoch ohne vernünftige Lebensperspektive in der ›Illegalität‹ vegetieren müssen. Die Frage, die in Wahrheit durch politisches Handeln entschieden wird, lautet nicht: »Können Menschen von anderswo zu uns kommen?« Denn da man weder das gesamte Mittelmeer mit Stacheldraht absperren noch alle Landwege zumauern kann, werden welche kommen. Die tatsächliche Frage, die durch politisches Handeln ein Stück weit entschieden wird, lautet: »Werden sie als Rechtlose kommen, oder als mit Rechten ausgestattete und anerkannte Personen?«

Dazu klar Stellung zu beziehen (das bedeutet: grundsätzlich anders, als dies in Deutschland etwa Oskar Lafontaine oder auch Sarah Wagenknecht zu tun pflegen), ist für eine der Emanzipation verpflichtete Kraft, also: für eine Linke, notwendig. Aber es ist nicht hinreichend. Und zwar deswegen nicht, weil ihr gesellschaftliches Programm sich natürlich nicht darin erschöpfen kann. Nur wenn es Punkte wie die Gewährleistung lebenswürdiger Umstände für alle (das bedeutet die Zur-Verfügung-Stellung von menschenwürdigem Wohnraum – was wohnungspolitische Programme erfordert –, die Teilhabe aller am Arbeitsleben...) beinhaltet, kann es dazu beitragen, zu verhindern, dass die Anwesenheit von Migrantinnen und Migranten stattdessen für die Ausweitung von Konkurrenz und weitere neoliberale Umwälzungen benutzt wird.

## EU: Bewegungsfreiheit nach innen – aber nicht von außen

Nein, die Punkte, die bis hierher ausgeführt worden sind, stehen allesamt nicht auf der Agenda der Europäischen Union. Ja, die real existierende EU, ihre Institutionen und ihre Mitgliedsstaaten haben eine weitgehend andere Vision. Jedenfalls offiziell steht hier die Verhinderung von Migration, über ein als wünschenswertes betrachtetes minimales Ausmaß hinaus, im Vordergrund. Jedenfalls offiziell; denn ob ihre politischen Eliten wirklich an die Vorstellung von erfolgreicher (weitgehender) Abschottung glauben oder nur ein zynisches Spiel betreiben, muss vorläufig dahingestellt bleiben.

Tatsache ist: Die Europäische Union definiert die konstitutiven »vier Freiheiten« – Freiheit der Kapitalbewegungen, des Warenverkehrs, der Dienstleistungen und Verkehrsfreiheit für die menschlichen Personen – als ihre Grundpfeiler. Drei davon versucht sie möglichst weltweit und überall durchzusetzen. Eine davon, die Reise-, Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit für Personen, gilt jedoch nach ihren Spielregeln nur innerhalb des Territoriums der Union. Wer hingegen von außen kommt, soll sich nicht auf Bewegungs- und erst recht nicht auf Niederlassungsfreiheit berufen dürfen.

Ob er oder sie dennoch auf offiziell anerkannte, akzeptierte Weise einreisen kann oder nicht, darüber wird mittels eines Instruments namens »Visum« entschieden. Die Menschen aus der Mehrzahl der Länder dieser Welt benötigen ein solches Dokument, wollen sie auf das Territorium eines Staates wie Deutschland einreisen. Über dessen Erteilung oder Verweigerung wird in den konsularischen Vertretungen in ihren Herkunftsländern entschieden. Entbunden von der Visumpflicht sind Staatsangehörige aus Ländern, von denen man annimmt, dass sie ein in etwa vergleichbar hohes »Entwicklungsniveau« aufweisen: USA, Kanada, Japan, Südkorea, Taiwan. Oder von denen man annimmt, dass der »Migrationsdruck« von dort gering ist, also wenig Anreize bestehen, sich nach einer Einreise ins Zielland dort dauerhaft niederzulassen; dies gilt für die Mehrzahl der lateinamerikanischen Ländern (deren Staatsangehörige eher an Nordamerika denken, wenn es um Migration geht).

## Festungsgraben Mittelmeer

Das Mittelmeer, als riesiger Graben zwischen Europa, Afrika und dem Westen Asiens, ist der Hauptschauplatz für die Auseinandersetzung um die Immigration, für ihre Dramen und ihre Toten. In diesem geographischen Raum setzen die meisten Menschen auf dem Weg nach Europa ihr Leben aufs Spiel, werden

die stärksten Kontrollmittel aufgewandt, die packendsten Bildern von Rettungen aus höchster Not gedreht.

Das Mittelmeer ist zugleich das Meer der Welt mit den größten wirtschaftlichen Ungleichheiten (auf seiner Nord- und seiner Südseite). Es ist der Ort einer uralten imaginären Grenze ›zwischen Christentum und Islam‹ und Gegenstand intensiver politischer Auseinandersetzungen. Unter seinen Anrainerstaaten befinden sich bürgerliche Demokratien, Monarchien, Diktaturen, Länder im Bürgerkrieg und in Besatzungskonflikten.

Die Staaten auf der anderen Seite dieses Meeres einzuspannen, um sie für ›Hilfsdienste‹ zur Kontrolle von Migration zu gewinnen – das ist auf europäischer Seite keine ganz neue Idee. Aber ihre Anwendung wird in jüngerer Zeit drastisch ausgeweitet. Mit dem Versuch, die offiziellen Stellen in der Türkei dazu zu gewinnen, ihr Land in ein ›Rückhaltebecken‹ für in EU-Europa unerwünschte Migrantinnen und Migranten – vor allem aber für syrische, iraqische und afghanische Bürgerkriegsflüchtlinge – zu verwandeln, ist diese Politik jedoch seit einem Jahr erstmals zum Gegenstand breit geführter medialer und öffentlicher Debatten geworden.

Diese Politik entlang der Beispiele mehrere einbezogener Länder darzustellen, ist das Anliegen dieses Buches. Die meisten dieser Länder waren in den letzten Jahren zugleich selbst Schauplätze von Versuchen, gesellschaftliche Umwälzungen herbeizuführen, Diktaturen abzuschütteln und das Tor zu einem besseren Leben aufzustoßen. Sie sind vorläufig gescheitert. Hoffentlich, und sicherlich, nicht dauerhaft.

Zuvor gilt es allerdings, die Europäische Migrationspolitik und ihre Instrumente von den Dublin-Abkommen, über die Grenzschutzagentur *Frontex* bis hin zu ihrer Operation *Triton* kritisch zu beleuchten sowie die Stimmungslage in Deutschland zu skizzieren.

Möge die Lektüre dieser Seiten etwas zur Erhellung beitragen – hinsichtlich der Situation in den betreffenden Ländern, aber auch der Rolle, die ›Europa‹ dabei spielt.

Bernhard Schmid  
*Paris und Forcalquier, Anfang August 2016*